

## **Antrag**

**der Abgeordneten Karin Prien, Dennis Gladiator, Hjalmar Stemmann,  
Birgit Stöver, Dietrich Wersich (CDU) und Fraktion**

**Betr.: EHEC und die Folgen für die Hamburger Landwirtschaft – Hamburg  
muss den Vier- und Marschlanden helfen!**

Mit unverminderter Intensität muss dem Ursprung des EHEC-Keims nachgeforscht werden. Gleichzeitig bedroht die EHEC-Krise aufgrund der allgemeinen Verzehrwarnungen Hamburgs traditionelle Landwirtschaftsbetriebe insbesondere in den Vier- und Marschlanden.

Der Hamburger Landwirtschaft kommt aufgrund ihrer Stadtnähe für die Lebensmittelversorgung der Stadt eine besondere Bedeutung zu. Dies gilt besonders für den Anbau von Obst und Gemüse, insbesondere im Alten Land sowie den Vier- und Marschlanden, dessen Ernte auf dem Hamburger Großmarkt vermarktet wird. Die ortsnahe Produktion eröffnet den Produzenten günstige Vertriebswege über den Großmarkt und die Wochenmärkte, was auch den Verbrauchern zugute kommt, und dient andererseits dem Klimaschutz.

Neben der Trockenheit im diesjährigen Frühling drohen den Hamburger Landwirten nach Schätzungen der Landwirtschaftskammer und des Gartenbauverbandes dramatische Umsatzeinbußen (mindestens 50 Prozent der Produktion) infolge der EHEC-Problematik, die sich für viele Betriebe kurzfristig existenzbedrohend auswirken. Wegen zu langer Antragsfristen bieten Hilfen vonseiten der EU den Hamburger Landwirten leider keine Lösungen. Ein Sofortprogramm der Landwirtschaftlichen Rentenbank kommt für viele Betriebe nicht infrage, weil die jeweilige Hausbank zur Besicherung Bürgschaften ausreichen muss, wofür häufig keine Sicherheiten der Betriebe geboten werden können. Zudem fehlt es bei Anhalten der EHEC-Krise auch mittelfristig an Liquidität zur Rückführung von Darlehen.

**Die Bürgerschaft möge beschließen:**

**Der Senat wird aufgefordert,**

1. in Gesprächen mit den Betroffenen kurzfristig zu klären, wie den Hamburger Landwirten, dem Hamburger Großmarkt und den Markthändlern auf den Hamburger Wochenmärkten aufgrund von Umsatzeinbußen kurzfristig Unterstützung angeboten werden muss, um eine mögliche Existenzbedrohung abzuwenden,
2. entsprechende Verhandlungen ebenfalls kurzfristig mit dem Bund und der EU aufzunehmen und
3. der Bürgerschaft darüber umgehend zu berichten.